



GuntherKrichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für
Pforzheim und den Enzkreis

Fakten und Argumente zur aktuellen Diskussion über Euro-Bonds, Wachstumsimpulse, Fiskalpakt und ESM

Nein zu Euro-Bonds

Der neugewählte französische Präsident fordert derzeit vehement die sofortige Einführung von Euro-Bonds, also der Vergemeinschaftung der Schulden in der EU. Für Deutschland würde dies bedeuten, dass sich unsere Zinszahlungen, die heute bei neuen Anleihen bei 0% liegen, deutlich verteuern würden. Unabhängig davon, dass für Euro-Bonds eine europäische Vertragsänderung nötig wäre, die sehr lange dauern kann, bieten sie völlig falsche Anreize. Der Vergleich stimmt: Euro-Bonds einzuführen würde bedeuten, Feuer mit Benzin zu löschen. Denn warum sollte ein Land neue Schulden vermeiden, wenn andere bezahlen? Solange es in der EU keine einheitliche Finanz- und Steuerpolitik aller Länder gibt, sind Euro-Bonds der verkehrte Weg. Erfreulicherweise haben das in dieser Woche endlich auch SPD und Grüne erkannt.

EU stand schon immer für Wachstum

Auch wenn die Opposition nach den Wahlen in Frankreich ständig das Gegenteil behauptet: Angela Merkel und die EU haben nie einseitig auf Einsparungen gesetzt, sondern immer Impulse für neues Wachstum gefordert. Aber Wachstum auf Pump würde die Ursache der Verschuldungskrise nicht bekämpfen, sondern verstärken: Die Staaten Südeuropas sind nicht wegen zu hoher Schulden in Probleme geraten, sondern weil bezweifelt wird, ob sie ihre Schulden zurückzahlen und im internationalen Wettbewerb bestehen können. Das Misstrauen wird nur schwinden, wenn die Haushalte in Ordnung gebracht werden. Dies muss durch sinnvolle Wachstumsimpulse ergänzt werden. Oft kosten diese kein Geld, sondern sind allein vom politischen Willen abhängig: Öffnung beschränkter Berufe, Beseitigung von Einstellungshürden für Berufsanfänger, Abbau von Bürokratie, Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, Reform der Rentensysteme. Hier muss

jedes Land seine eigenen Aufgaben erledigen, ehe die Solidarität der europäischen Partner greifen kann.

Wachstumsimpulse müssen zunächst in jedem Land selber entwickelt und umgesetzt werden

Eines darf nicht vergessen werden: Zunächst muss jedes Land selber die Bereiche definieren, in denen die größten Wachstumsbremsen bestehen. Denn die Bedingungen sind europaweit nicht gleich. In Spanien ist es ein großes Hemmnis, dass das Arbeitsrecht bereits nach sehr kurzer Betriebszugehörigkeit enorm hohe Abfindungssummen vorsieht. Das verhindert Neueinstellungen bei erhöhtem Auftragseingang. In Griechenland ist das nur sehr rudimentäre Katasterwesen ein großes Problem. In vielen Ländern bestehen äußerst großzügige Regeln zur Frühverrentung, die eine schwere Belastung für die Rentenkassen sind. Deutschland hat viele Reformen bereits hinter sich, aber auch noch Hausaufgaben zu erledigen, beispielsweise bei stärkeren Bildungs- und Ausbildungsanstrengungen, gerade für Jugendliche mit Migrationshintergrund.

Fiskalvertrag und ESM vor dem 1. Juli ratifizieren

Auch nach dem gestrigen Gespräch bei der Bundeskanzlerin hat die SPD erklärt, eine Ratifizierung des Fiskalvertrages noch vor der Sommerpause sei nicht sicher. Wir brauchen die Zustimmung der SPD, weil hierfür die 2/3-Mehrheit notwendig ist. Es wäre aber verkehrt, die Abstimmung zum Fiskalvertrag von der Abstimmung über den ESM, dem dauerhaften Stabilitätsmechanismus zu trennen. Denn im ESM-Vertrag konnte Angela Merkel durchsetzen, dass nur jene Länder von ihm profitieren können, die auch den Fiskalvertrag beschlossen haben. Beide Verträge bilden also eine Einheit. Zudem dient der Fiskalvertrag, der die Staaten zu stärkerer Haushaltsdisziplin und zu einem Abbau ihrer überhöhten Staatsver-

schuldung zwingt und der automatische Sanktionen bei Verstößen dagegen vorsieht, vor allem dafür, wieder Vertrauen in die Staaten der Euro-Zone zu schaffen. Kommt jetzt der Fiskalpakt ins Stocken oder scheitert er gar, wären die Folgen für den Euro noch viel schlimmer als alles, was wir bislang erleben mussten.

Taschengeld beim Bundesfreiwilligendienst bleibt steuerfrei

Im Rahmen des Jahressteuergesetzes 2013 wurde am Mittwoch vom Bundeskabinett die Steuerfreiheit für das Taschengeld im Bundesfreiwilligendienst beschlossen. Entgegen erster Pläne bleibt das Taschengeld von monatlich maximal 336 Euro steuerfrei. Damit wurde eine gute Regelung gefunden und die Bedenken der zuständigen Fachpolitiker, der Verbände und der vielen Freiwilligen aufgegriffen. Durch die Klarstellung wird die Bereitschaft zum freiwilligen Engagement einen weiteren Schub bekommen. Der Bundesfreiwilligendienst ist ein Erfolgsmodell. Alle 35.000 Plätze sind besetzt und die Nachfrage ist weiterhin hoch.

Koalition setzt auf Wachstum, nicht auf Bürokratie

Nach geltendem Recht müssen steuerrelevante Rechnungen und Belege über zehn Jahre aufbewahrt werden. Das ist seit jeher ein großes Ärgernis für Betriebe. Die Wirtschaftspolitiker in der Unionsfraktion setzen sich schon lange für Verbesserungen ein. Jetzt hat das Bundeskabinett beschlossen, die Aufbewahrungsfristen ab dem Jahr 2013 auf acht Jahre und ab dem Jahr 2015 auf sieben Jahre zu verkürzen. Auch der Bundesrat muss dem Gesetz zustimmen. Wir appellieren an die Länder, im Sinne von Wirtschaft und Wachstum zu entscheiden.

Bundeswehr bleibt eine weiteres Jahr im Kosovo

Die Bundeswehr beteiligt sich auch künftig am Einsatz der Vereinten Nationen im Kosovo. Der Bundestag billigte in dieser Woche die Verlängerung des Mandats. Bis zu 1.850 deutsche Soldaten können in dessen Rahmen eingesetzt werden. Derzeit befinden sich rund 800 Bundeswehrsoldaten in der ehemaligen serbischen

Provinz, nachdem ihre Zahl im letzten Herbst kurzfristig auf 1.600 angewachsen war, um eine Eskalation neuer Spannungen im Norden des Kosovo zu verhindern.

Fortschritt durch Innovation

Bundesforschungsministerin Schavan legt mit dem Bundesbericht Forschung und Innovation 2012 beeindruckende Zahlen vor, die belegen, dass unser Land zu den weltweit führenden und innovativsten Nationen gehört. Die Ausgaben für Forschung, Wissenschaft und Entwicklung konnten seit 2005 um mehr als 50% gesteigert werden, von 9 Mrd. € (2005) auf mittlerweile 13,7 Mrd. € (2011). Auch die Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) beurteilt diese Zwischenbilanz positiv und stellt fest, dass die bis 2005 andauernde „Forschungsflaute“ damit eindeutig beendet ist. Neben der Spitzentechnologie konnte auch die Ausbildungs- und Wissenschaftsförderung des Bundes insgesamt weiter deutlich verstärkt werden. Mit den drei Reforminitiativen des Bundes und der Länder zugunsten des Wissenschaftsstandortes Deutschland, der Exzellenzinitiative mit einem Fördervolumen von 1,9 Mrd. €, dem Hochschulpakt mit einem Gesamtfördervolumen von mindestens 4,7 Mrd. € bis 2015 und dem Pakt für Forschung und Innovation für außeruniversitäre Forschung stärkt die christlich-liberale Koalition die Leistungsfähigkeit des Wissenschaftsstandortes Deutschland. Mit mehr als 290.000 Absolventen im Jahr 2010 erreichen bereits knapp 30% eines Altersjahrgangs einen Hochschulabschluss.

Anteil der männlichen Beschäftigten in Kindertagesbetreuung steigt

Der Anteil der männlichen Beschäftigten in der Kindertagesbetreuung hat in den letzten Jahren einen deutlichen Zuwachs erfahren. Im März 2011 waren in Deutschland gut 3,6% der Beschäftigten in der Kindertagesbetreuung männlich. Rund 16.700 Männer übten folglich eine pädagogische Betreuungstätigkeit für Kinder in einer Kindertageseinrichtung aus oder waren als Tagesvater aktiv. Die Anzahl der männlichen Beschäftigten in diesem Bereich hat sich damit seit März 2007 um 50% gesteigert. Damals waren etwa 2,9% der Beschäftigten in der Kindertagesbetreuung männlich.